

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volksrecht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, durch die Post und durch Colportage zu haben. Preis vierteljährlich 37 Pf., halbjährlich 70 Pf., pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7932.

Belegblätter für die einpöhlige Zeitung oder deren Raum 20 Pfennige, für Belegblätter und Belegblätter 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 9. Donnerstag, den 11. Januar 1900. 11. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### England und Deutschland.

Der deutsche Kaiser spricht in einem Telegramm an den König von Württemberg die Hoffnung aus, daß die Vorkämpfer der letzten Tage immer weitere Kreise davon überzeugen werden, daß nicht nur Deutschlands Interessen, sondern auch Deutschlands Ehre in fernen Meeren geschützt werden und daß hierzu Deutschland auch zu Wasser stark und mächtig dastehen muß.

Mit dieser Aeußerung bekundet der Kaiser offenbar eine Änderung seiner Gesinnung, denn mit der „Englandreise des Kaisers“ mit dem Kolonialabkommen mit England und anderen Ereignissen der jüngsten Zeit läßt sich das kaiserliche Telegramm schwer vereinigen. Der Kaiser will jetzt zweifellos die sehr zahlreichen deutschen Englandsfeinde, die in England die Erfüllung der kaiserlichen Wünsche fördern wird, nicht aber recht zweifelhaft erscheinen. Bei ruhiger Ueberlegung erscheint, wie der „Vorwärts“ ausführt, dieser Anlaß ungeeignet wie nur einer. Keines der gegen England in der Wuth schauenden Blätter vermag zu behaupten, daß England irgendwie wider das Völkerrecht gesündigt habe. England hat dasselbe Recht wie jede andere Macht, fremde Schiffe, wenn der Verdacht der Mitführung von Kriegskontrebänden vorliegt, festzuhalten. Lag ein Versehen vor — und sicher ist in diesem Falle kein böswilliges Motiv die Engländer geleitet, in der jetzigen Situation sind sie wahrlich froh, sich nicht neue Schwierigkeiten zu schaffen —, so muß Entschädigung gezahlt werden. Bereits wird auch gemeldet, daß sich England bereit erklärt hat, den aus der Beschlagnahme des „General“ erwachsenen Schaden zu tragen. Selbstverständlich wird es sich dazu auch hinsichtlich der anderen beschlagnahmten Schiffe bequemen müssen. Von einer Verletzung deutscher Interessen ist also gar keine Rede. Und ebensowenig hat England die deutsche Ehre gekränkt; es hat nur seine durch den unglücklichen Kriegsverlauf und durch die Verteilung, die sein Treiben in aller Welt erfährt, unruhigem Nervosität bewiesen, die zu sehr unnötigen und ihm selbst schädlichen Thaten fortreibt.

Läge wirklich ein Angriff gegen deutsche Ehre und deutsche Waffen vor, so hätten wir genügende Mittel, um englische Ueberhebung zurecht zu weisen. Bisher aber ist nicht einmal ein energischer Einspruch seitens der Regierung geschehen. Die Reichsregierung scheint überhaupt die Lage der Dinge, denn doch etwas ruhiger anzusehen, als die Weltmachtleute wünschen.

Wie wenig geeignet die Beschlagnahme der Schiffe zur Flottenpropaganda ist, zeigt eine reizvolle Reminiszenz, welche die „Frankf. Ztg.“ gerade zur richtigen Stunde und zur Abklärung mittelt:

„Angehts der hochgradigen Aufregung über die Beschlagnahme des Dampfers „Bundesrath“ dürfte der Hinweis auf einen anderen deutsch-englischen völkerrechtlichen Streitfall von Interesse und geeignet sein, einer näheren Auffassung die Wege zu bahnen. Ich meine einen Fall aus dem deutsch-französischen Kriege. Damals hätte das stottergewaltige England es sich gefallen lassen, daß man deutschseits 6 englische Handelschiffe nicht nur

beschlagnahmte, sondern sogar zerstörte, obwohl die Verletzung zu diesem Akt juristisch sehr zweifelhaft war und eine neutralitätswidrige Handlung seitens der betreffenden Schiffseigentümer bezw. Kapitäne gar nicht in Frage kam. Ende Dezember 1870 hatte nämlich die deutsche Kriegsmarine diese sechs mit Kohlen beladenen Schiffe bei Duclair fortgenommen und in die Seine versenkt, um die Passage eines französischen Kanonenbootes, welches unseren Truppen viel Geschader hatte, zu verhindern. Der englische Botschafter in Berlin bezeichnete in einer Note vom 30. Dezember dieses Verfaßens als „althogöther unwarrantable“ (durchaus unverantwortlich). Fürst Bismarck dagegen berief sich zur Rechtfertigung desselben auf das sogenannte jus angariae, welches den Kriegsführenden habe das volle Recht, neutrale Schiffe in den internationalen Gewässern des Feindes mit Beschlag zu nehmen, wenn dies die Selbstverteidigung fordere; die Entschädigungspflicht solle nicht ihm, sondern dem Ausenfallschiffe zu. Nur aus freundschaftlichen Gesühlen für England wolle man in diesem Falle von seinem Rechte abgehen und eine Entschädigung bewilligen.

Der Konflikt endete damit, daß die deutsche Regierung nach einer Schätzung der englischen den geschädigten Interessenten 7073 Pfund Sterling zahlte (vergleiche Staatsarchiv 21 Nr. 4498 fg.). Das Beispiel zeigt, daß auch Englands Ehre durch ähnliche Duldungen, wie sie jetzt deutschen Schiffen zustoßen, nicht berührt worden ist. Es ist auch gut, daß unsere Ehre nicht so leicht verletzt werden kann. Denn wäre es anders, so würde es allerdings um die Wahrung der deutschen Ehre schlimmer bestellt sein. Wie wollen dann die Entehrten sich Genugthuung schaffen? Durch den Bau zweier Panzergeschwader binnen 17 Jahren? Aber das perfide Albion baut mittlerweile 4 und 6 Geschwader und unsere Ehre verflucht noch immer machtlos im Wasser.

Wenn durch die Beschlagnahme der deutschen Schiffe aber wirklich Ansprüche, die über das jetzige Völkerrecht hinausgehen, verletzt werden — nun, wir leben doch im Zeitalter der internationalen Friedenskongresse. Oder sind diese Kongresse noch mehr Komödie als selbst wir annahmen? Vermögen sie nicht einmal das internationale Seerecht geringen Verbesserungen zuzuführen?

### Eine neue Kaiserrede.

Kaiser Wilhelm II. soll beim Empfang des Rektors der technischen Hochschule in Charlottenburg folgende Rede gehalten haben:

„Es hat mich erfreut, die technischen Hochschulen aufzusuchen zu können. Sie wissen, daß sehr große Widerstände zu überwinden waren; die sind jetzt beseitigt. Ich wollte die technischen Hochschulen in den Vordergrund bringen, denn sie haben große Aufgaben zu lösen, nicht bloß technische, sondern auch große soziale Aufgaben. Die sind bisher nicht so gelöst, wie ich wollte. Sie können auf die sozialen Verhältnisse vielfach großen Einfluß ausüben, da Ihre vielen Beziehungen zu Arbeit und zu Arbeitern und zur Industrie überhaupt eine Fülle von Anregung und Einwirkung ermöglichen. Sie sind deshalb auch in der kommenden Zeit zu großen Aufgaben berufen. Die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Ich rechne auf die technischen Hochschulen! Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich ausstoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klar machen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer Acht lassen. Also ich rechne auf Sie! An Arbeit und an Anerkennung wird es nicht fehlen.“

Unsere technische Bildung hat schon große Erfolge errungen. Wir brauchen sehr viel technische Intelligenz im ganzen Lande; was brauchen schon die Kabellegerungen und die Kolonien an technischer Bildung! Das Ansehen der deutschen Technik ist jetzt schon ein sehr großes. Die besten Familien, die sich anscheinend sonst ferngehalten, wenden ihre Söhne der Technik zu, und ich hoffe, daß dies noch zunehmen wird.

Konzeßion erhalten habe, so habe ich doch wenigstens verhindert, daß sie Marxy der Westbahngesellschaft verschaffen konnte. . . . Mit einem Worte: ich bin so vorgegangen, daß ich eben abwarten wollte, bis wir wieder die Stärkern wären. Das hatten Sie mir ja gerathen.“

Er schwiegen einen Augenblick, seine Stimme wurde von dem furchtbaren Klaffen eines mit Eisen beladenen Rollwagens überdäubt, der den Kai eben entlang fuhr. Als die Droschke den Rollwagen hinter sich gelassen hatte, konnte er endlich fortfahren:

„Also, eben kommt ein Herr in mein Zimmer; ich kenne ihn nicht, er schien ein Großunternehmer zu sein und macht mir im Namen Marxys und des Direktors der Westbahngesellschaft ruhig den Vorschlag, ich solle die Konzeßion erhalten, wenn ich den Herren dafür eine Million in Aktien zahlen wollte. . . . Was sagen Sie dazu?“

„Es ist ein bisschen teuer“, meinte Rougon lächelnd. Herr Rahn schüttelte den Kopf und kreuzte die Arme. „Sie machen sich gar keinen Begriff, wie diese Leute auftreten! . . . Ich müßte Ihnen meine ganze Unterhaltung mit dem Unternehmer erzählen. Wenn ich die Million zahle, will sich Marxy verpflichten, mich zu unterstützen und meinem Gesuche innerhalb eines Monats zum Erfolge verhelfen. Dafür verlangt er eben seinen Antheil und mehr nicht. . . . Als ich vom Kaiser sprach, fing unser Mann zu lachen an. Er sagte mir klar und deutlich, daß ich schon pleite wäre, wenn der Kaiser auf meiner Seite stände.“

Die Droschke bog auf den Eintrachtsplatz ein. Rougon richtete sich aus seiner Ecke auf, als sei ihm jetzt warm geworden. Und das Blut war ihm auch in die Wangen geschossen.

„Sie haben dem Herrn doch die Thüre gewiesen?“ fragte er. Der frühere Abgeordnete sah ihn sehr erstaunt eine Weile an und antwortete nicht. Sein Zorn war plötzlich verschwunden. Nun lehnte er sich in eine Wagenecke zurück und überließ sich gleichgiltig den Stößen des Wagens.

„Oh nein!“ flüsterle er, „so ohne Weiteres, ohne nähere Ueberlegung weist man keinem die Thüre. . . . Ich wollte ja übrigens Ihren Rath hören. . . . Offen gestanden, ich hätte Lust, das Anerbieten anzunehmen.“

„Niemals, Rahn!“ schrie Rougon wüthend. „Niemals!“ Nun stritten sie herum. Herr Rahn führte Ziffern in's Feld; ein Trinkgeld von einer Million sei ja enorm, aber er rührte den Nachweis, daß man mit Hilfe gewisser Operationen das Loch bequem wieder zustopfen könne. Rougon hörte nicht darauf und wehrte mit der Hand ab, er wollte nichts davon hören. Das Geld war ihm gleichgiltig. Aber Marxy sollte nicht eine Million einjaden, weil darin das Gefährnis lag, daß er, Rougon, nichts mehr ausrichten konnte, weil er sich damit selber für besetzt erklärte und den Einfluß seines Nebenbuhlers selber so übertrieben hoch bewertete, daß er ihn dadurch noch weiter über den feinen stellte.

Auch im Auslande ist Ihr Ansehen sehr groß, und Ausländer sprechen mit größter Begeisterung von der technischen Bildung, die sie an Ihrer Hochschule erhalten haben. Es ist gut, daß Sie auch Ausländer heranziehen. Das schafft Achtung vor unserer Arbeit. Auch in England habe ich überall die größte Hochachtung vor der deutschen Technik erfahren, wie man dort die deutsche technische Bildung und die Leistungen der deutschen Technik schätzt. Wenden Sie sich daher auch mit aller Kraft den großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu!“

Uns interessiert an dieser kaiserlichen Rede besonders der Passus von der Sozialdemokratie. Gewiß ist die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung. Was wäre nicht vorübergehend? Selbst die mächtigsten und stolzesten Reiche waren, wie die Geschichte lehrt, „vorübergehend“. In diesem Sinne ist es auch die Sozialdemokratie. Wenn sie ihre Aufgaben erfüllt, sich „ausgelobt“ hat, wird sie anderen Erscheinungen Platz machen. Darin stimmen wir dem Kaiser vollkommen bei. Diese Beurtheilung der Sozialdemokratie durch den Kaiser — die ja eigentlich ganz neu ist — dürfte denn auch ihre Rückwirkung auf das Verhalten der regierenden Faktoren gegenüber der Sozialdemokratie äußern. Mit scharfen Polizeimaßregeln, Ausnahmegeetzen u. s. w. kann man da nicht mehr kommen. Und der „starke Mann“ des Herrn von Kröcher muß ein frommer Wunsch bleiben. Wie werden ja sehen!

### Wozu haben wir die Kriegsflotte?

So fragen sich gegenwärtig manche Leute recht verwundert, wenn sie erfahren, daß erst neuerdings zwei kleine Kreuzer nach der Delagoabai geschickt worden sind. Da lesen wir in der „Volksztg.“: „Der große Kreuzer „Vincta“ wird in dieser Woche wieder mit seinen Schiffslabungen beginnen und außerdem in der Ederförder Ducht Torpedoschießübungen abhalten. Es werden mitteln von Kiel aus Fahrten machen: „Kaiser Friedrich III.“, „Vincta“, „Württemberg“ und „Blitz“. Auf der West liegen im Auslieferungsbassin „Bayern“, „Greif“, „Olin“ und „Jagd“. Das sind allein acht Schiffe, die in verhältnismäßig kurzer Zeit an die ostafrikanische Küste entsandt werden könnten, wenn es nöthig wäre.“

Die Regierung muß also thatsächlich wohl die Absendung der verfügbaren Schiffe nicht für nöthig halten. Damit ist aber auch die Absicht vereitelt, die Beschlagnahmen deutscher Schiffe als Grund für die Flottenvermehrung auszunutzen. Uebrigens bemerkt auch die „Deutsche Tagesztg.“ in einer Notiz, welche mit Genugthuung konstatiert, daß endlich auch unsere Kriegsschiffe vor Laurence Marquez in Sicht kommen, am Schluß:

„Im Uebrigen kommt es weniger auf die Schiffe in der Delagoabai als auf die Diplomatie in Berlin an, ob wir aus diesem Handel mit Ehren herauskommen oder nicht. Unsere Stellung in Europa ist stark genug, um unsere Schiffe auf allen Meeren auch ohne ein einziges Kriegsschiff gegen England zu schützen. Wenigstens könnte sie es jeden Augenblick sein.“

Das ist durchaus unsere Meinung.

### Flottendiskussionen.

Wie das „B. Z.“ berichtet, hat die „Historische Vereinigung“ in Berlin an die Professoren Schmöller, Wagner, Delbrück und Sering, sowie an die sozialdemokratischen Abgg. Bebel, Auer, Heine, Schippel die Aufforderung gerichtet, an einer Volksversammlung über die Flottenfrage theilzunehmen, damit auf diese Weise die Stimmung der Haupt-

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

(Nachdruck verboten.)

Die Nacht sank herab; der Wind, der über den Strom wehte, wirbelte kleine weiße Staubwolken auf den Kais auf. Als er den Tuilerien-Kai entlang ging, fühlte er sich sehr müde. Der Muth versagte ihm plötzlich, zu Fuß nach Hause zu kommen. Aber die Droschken, die ihm begegneten, waren besetzt, und er gab schon die Hoffnung auf, einen Wagen zu finden, da sah er einen Kutscher plötzlich sein Pferd vor ihm anhalten. Ein Kopf kam zum Wagenschlag heraus. Es war Herr Rahn.

„Ich wollte eben zu Ihnen kommen“, rief er. „Steigen Sie doch ein! Ich bringe Sie nach Hause, und wir können unterwegs plaudern.“

Er stieg ein und hatte kaum Platz genommen, da ergoß sich schon aus dem Munde des ehemaligen Abgeordneten trotz der Stöße der Droschke, deren Gaul wieder in seinen schlammigen Trab gefallen war, ein heftiger Wortschwall.

„Oh! lieber Freund, eben ist mir ein Vorschlag gemacht worden, den Sie im Leben nicht errathen würden. . . . Ich, ich verstehe ja hier.“

„Sie gestatten doch.“ Rougon brückte sich in eine Ecke und sah die graue Mauer des Tuileriengartens durch das offene Fenster vorbeiziehen. Herr Rahn sah roth aus und fuhr mit abgerissenen Gesten zu sprechen fort:

„Sie wissen ja, ich habe Ihren Rath befolgt. . . . Seit zwei Jahren führe ich einen hartnäckigen Kampf. Dreimal war ich beim Kaiser und schreibe jetzt an einer vierten Denkschrift über die Frage. Wenn ich auch nicht die Eisenbahn-

an und antwortete nicht. Sein Zorn war plötzlich verschwunden. Nun lehnte er sich in eine Wagenecke zurück und überließ sich gleichgiltig den Stößen des Wagens.

„Oh nein!“ flüsterle er, „so ohne Weiteres, ohne nähere Ueberlegung weist man keinem die Thüre. . . . Ich wollte ja übrigens Ihren Rath hören. . . . Offen gestanden, ich hätte Lust, das Anerbieten anzunehmen.“

„Niemals, Rahn!“ schrie Rougon wüthend. „Niemals!“ Nun stritten sie herum. Herr Rahn führte Ziffern in's Feld; ein Trinkgeld von einer Million sei ja enorm, aber er rührte den Nachweis, daß man mit Hilfe gewisser Operationen das Loch bequem wieder zustopfen könne. Rougon hörte nicht darauf und wehrte mit der Hand ab, er wollte nichts davon hören. Das Geld war ihm gleichgiltig. Aber Marxy sollte nicht eine Million einjaden, weil darin das Gefährnis lag, daß er, Rougon, nichts mehr ausrichten konnte, weil er sich damit selber für besetzt erklärte und den Einfluß seines Nebenbuhlers selber so übertrieben hoch bewertete, daß er ihn dadurch noch weiter über den feinen stellte.

städtischen Bevölkerung in Bezug auf die Flottenvorlage bei gleichmäßiger Verteilung der Reserve festgestellt wurde. Von Seiten der Professoren wird der Vorschlag angenommen.

Die Sozialdemokraten dürften es an sich auch nicht fehlen lassen.

Für Freigabe des Gimpelfanges plädiert der Kolonialreisende des „Berl. Tagebl.“ Eugen Wolf. Damit die kleinen Leute Geld los werden können, soll der Staat Geschosse à 20 Mark ausgeben. Wenn auf diese Weise 200 Millionen Mark in Anteilen à 20 Mark untergebracht seien, so könne die deutsche Marine so viel Schiffe verlangen, wie sie will. Die Interessenten an den 20 Mark-Scheinen würden auf die Bewilligung hinwirken. — Wolf muß Ehrenpräsident des Flottenvereins werden!

Verkehr mit Geheimmitteln. Der Entwurf von Vorschriften über den Verkehr mit Geheimmitteln, welcher dem Bundesrathe vorgelegt wird in der „Pharmazeutischen Zeitung“ mitgeteilt. Danach soll die Landeszentralbehörde bestimmen, welche Stoffe als Geheimmittel zu gelten haben. Stoffe, welche lediglich als Desinfektionsmittel, kosmetische Mittel, Nahrungsmittel und Genussmittel angesehen werden, sollen in der Regel als Geheimmittel nicht erklärt werden. Die öffentliche Anknüpfung von Geheimmitteln wird verboten, auch dürfen die Gefäße und äußeren Umhüllungen derselben nicht Inschriften der Geheimmittel enthalten. Dagegen müssen dieselben mit einer Aufschrift über den Namen des Geheimmittels und Namen oder Firma des Verfertigers und Namen oder Firma des verabsprechenden Geschäftes und die Höhe des Abgabepreises versehen sein. Geheimmittel, durch deren Verwendung die Gesundheit gefährdet wird, sowie so genannte Geheimmittel, durch deren Vertrieb das Publikum in schwindelhafter Weise ausgebeutet wird, dürfen nicht angeboten oder feilgehalten werden.

Kasland.

Vom Krieg auf den Philippinen liegt wieder einmal eine Meldung vor, die beweist, daß die Amerikaner ungefähr noch ebenso viel und ebenso wenig ausgerichtet haben, wie es vor einem Jahr und länger der Fall war. Man berichtet aus Manila vom 9. Januar: Zwei Kompanien des 25. Regiments unter dem Befehl des Kapitäns Sawyer haben Rundschiffsdienste in der Nähe von Arroyo ausgeführt. Die amerikanischen Truppen drangen gegen die Insurgenten vor. Letztere tödlichen während des Gefechts zwei amerikanische Gefangene und brachten drei anderen tödlichen Verwundungen bei. Es gelang dem Kapitän Sawyer, zwei der Unglücklichen zu retten; ihr Zustand ist aber hoffnungslos.

Die Tätigkeit der belgischen Sozialdemokratie wird von der „Münch. Allg. Ztg.“ wie folgt geschildert:

Die belgische Sozialdemokratie ist in geradezu unglaublicher Weise tätig, um in Belgien eine Anzahl von Organisationen zur Verbreitung ihrer Lehren zu gründen. Man kennt die große Anzahl von Kooperativgenossenschaften, welche der Generalkonferenz der belgischen Arbeiterpartei seit 1885 im ganzen Königreich ins Leben rief und die den Hauptzweck verfolgen, die Arbeiterchaft in steter wirtschaftlicher Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Parteileitung zu halten. (Selbstverständlich Blödsinn! Die Red.) Dann gründete die Partei im Jahre 1893 unter dem Namen „Université Nouvelle“ eine rein sozialistische Hochschule, welche so kräftig anstrebt, daß sie schließlich ihr Ziel erreichen wird. Namentlich beabsichtigt der Generalkonferenz der Arbeiterpartei, im „V. Abhause“ zu Brüssel einen besonderen Lehrkurs für Sozialdemokratie einzurichten, der die Popularisierung der Lehren von Lassalle, Karl Marx und anderer sozialistischer Bahnbrecher besorgen soll. So wird denn Belgien allmählich immer mehr zur europäischen Hauptfestung der internationalen Revolutionspartei. Sehr schmeichelhaft für unsere belgischen Genossen.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber die jüngsten Kämpfe zum Entsatz von Ladysmith schweigen die Engländer hartnäckig. Vom Sonntag weiß eine amtliche Depesche aus dem Lager von Pretoria nichts weiter zu melden als: „Heute ist Alles ruhig. Der Feind hat augenscheinlich eine große Anzahl Verwundeter, da im Laufe der Nacht in der Umgegend von Fort Rylie mehrere Rotze Kreuzflaggen aufgezogen wurden.“ — Mehr als die Verluste der Buren dürften in England die eigenen Verluste interessieren.

Die Londoner Abendblätter veröffentlichen die sensationelle Meldung, daß Kriegsamt werde Maßregeln von außerordentlicher Wichtigkeit treffen. Sämtliche Militärtruppen, sämtliche Freiwilligen und sämtliche Spezialkorps würden einberufen; die gesamten Streitkräfte des Königreichs sollten mobilisiert werden. 50,000 Mann sollen nach Südafrika gehen und gleichzeitig genügend Truppen vorhanden bleiben, um einer etwaigen europäischen Verwicklung Widerstand leisten zu können, die durch die Besetzung der Delagoa-Bai, welche die englische Regierung für notwendig hält, entstehen könnte.

Der „Daily Mail“-Korrespondent meldet aus Aldershot, daß die angelegten Truppenverschiebungen aus Mangel an Schiffen vorläufig aufgegeben werden müßten.

Ein von Sterkstroem unternommener größerer Expeditionszug der Engländer ergab, daß die Buren Stormberg mit beträchtlichen Streitkräften besetzt halten. Gleichzeitig wurden von Maitland beträchtliche Vorräte erbeutet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Januar 1900.

Der Reichstag trat heute in die zweite Beratung des Etats ein. Weil der Reichskanzler Fürst Hohenlohe vorab alle Hände voll zu tun hat, um im Landtage die Angriffe der Agrarier abzuwehren — schon morgen steht die große Interpellation der beiden konservativen Parteien wegen Kapregelung der landesgesetzlichen beamteten Abgeordneten im Drallaffenhause zur Verhandlung — so hat man im Reichstage die Beratung des Etats des Reich-

kanzlers zurückgestellt und vorgenommen wurde heute der Etat des Reichstags und der des Reichsamts des Innern. Sehr schnell abgethan wurde der Reichstagsrat; die kurze Erörterung, die sich an ihn anknüpfte, bot wenig bemerkenswerte Momente; höchstens verdient die dankenswerthe Anregung des freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, die Reichstagsstenographen durch Besserstellung von der Notwendigkeit zu entbinden, privaten Nebenverdienst zu suchen, Erwähnung.

Anderer steht es mit dem Etat des Reichsamts des Innern. Seine Beratung pflegt den Rednern aller Parteien Gelegenheit zu geben, alles auszusprechen, was sie auf dem Herzen haben. Die diesjährige Beratung macht keine Ausnahme von dem gewöhnlichen Gebrauch.

Sehr wirkungsvoll sprach gleich der erste Redner zu diesem Titel, der „sozialpolitische Zentrumskaplan“ Dr. Fitz. Er verlangte energischer Vertreibung der Erhebungen über die Kinderarbeit und Zuweisung neuer Gebiete der Tätigkeit an die Kommission für Arbeiterstatistik, von der ein Bericht behauptet, daß man sie einschleusen lassen will. Staatssekretär Posadowsky, der vereinsamt an der preussischen Seite des Bundesrathes thronete, gab halbwegs befriedigende Erklärungen ab und erlebte alsdann die Freude, warme Lobspitze einstreichen zu dürfen, die ihm von dem wilhelminischen Kommerzienrath Köpcke und dem nationalliberalen Generaldirektor Müller-Quisburg gespendet wurde. Die beiden Herren, von denen der letztgenannte sich zur Abwechslung einmal sozialpolitisch zu drapieren gerührte, machten großes Aufsehen von den Verehrten des Reichstages des Innern um die Ausstellung von Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen. Sehr unzufrieden dagegen zeigte sich der Agrarier-Redakteur Dr. Dertel-Sachsen, der sich über die Väderei-Verordnung noch immer nicht beruhigen kann und sein gewöhnliches Klagegeld über Mittelstands-Schädigung anstimmte. Der Staatssekretär gab „befriedigende“ Zusagen ab: ob dieselben die Vädereigenossen befriedigen werden, ist freilich eine andere Frage... Herr von Kardorff drohte mit einer großen Abrechnung, die er mit dem Staatssekretär wegen dessen Äußerungen bei der ersten Lesung des Etats vornehmen wolle. Er will das Gewitter aber erst niedersehen lassen, wenn der Etat des Reichskanzlers zur Beratung steht, um dann gleich die allgemeine Politik in den Kreis seiner Betrachtung zu ziehen.

Der Rest des Tages gehörte wesentlich unserer Partei und der Erörterung der Gewerbeinspektion: nur, daß Abg. Beck-Soburg von der freisinnigen Volkspartei durch eine an dieser Stelle nicht besonders passenden Vorgesugrede die Erörterungen über den Arbeiter-schutz unterbrach. Es war schmeres Geschäft, das unser erster Fraktionsredner, Abg. Richard Fischer-Berlin II. ausführte: aber die Stellen, gegen die er es richtete, hatten die Schärfe mehr als reichlich verdient. Er wies besonders auf die Parteilichkeit hin, mit der aus den Berichten der einzelnen Inspektoren in dem großen Bericht alles zusammengeflochten ist, was gegen die Arbeiterorganisationen sich ihnen findet, während alles weggelassen ist, was zu ihren Gunsten von den wenigen vorurteilsfreien Inspektoren angeführt ist. Besonders schlecht bestand Sachen die Feuerprobe der Fischer'schen Kritik; in wirkungsvoller Weise jützte er eine Neuherung der ultramontanen „Rölnische Volkszeitung“, welche die jährliche Gewerbeinspektion für zurückgeblieben, denn die — medienburgische erklärte. Ergänzung fanden die Ausführungen Fischer's durch die alsbald folgende Rede Wurm's, der besonders die Zerstörung der Berlepsch-Legende durch die Erinnerung an den arbeiterfeindlichen Geheimverlaß von 1896 vollendete und die Arbeiterfeindlichkeit des preussischen Landtags gebührend geißelte. Die Antworten Posadowsky's auf die Ausführungen unserer Fraktionsredner waren ungewöhnlich vorlegen; nur, daß er versprach, künftig die unverkürzten Berichte der Fabrikinspektoren vorlegen zu lassen, verdient Anerkennung. — Um 5 1/2 Uhr endete die Beratung, die morgen um 1 Uhr fortgesetzt werden soll.

Wir geben hier im Auszuge die Neben Fischer's und Wurm's mit den darauf erfolgten Antworten des Grafen Posadowsky wieder:

Abg. Fischer (Soj.): Wir sind leider nicht in der Lage, auch unsterblich lobender über den Staatssekretär anzumachen, haben vielmehr über die Gewerbeinspektion Klage zu führen. Der Bericht über die Tätigkeit der Gewerbeinspektion ist schon nach seinem Umfang gegen frühere Jahre auf ein Drittel zurückgegangen und trotz von einer geringen sozialpolitischen Einsicht, wie allerdings nach der Stellungnahme des Staatssekretärs gegenüber der sozialen Frage wohl eben verumständelt ist. Sind ihm doch die Gewerbeinspektion nicht als Streifenlinie, ganz wie ein Herr v. Falkamer. Sie soll man sich da noch über die Tätigkeit der Herren Geheimräthe wundern oder darüber freuen, daß dieselben aus den Berichten der Gewerbeinspektoren alles zusammengetragen haben, was den Arbeiterorganisationen unangenehm und den Unternehmern günstig ist? Zu bedenken ist allerdings, daß einige Äußerungen weggefallen sind, welche die Schärfe der Kritik an der Spitze trugen, so z. B. eine, in der es heißt, daß die Behörden den Unternehmern der hier in Betracht kommenden Arbeiter ferngeheim. Nach den Thesen der sächsischen Polizei, der sächsischen Richter und der sächsischen Regierung haben wir uns daran gewöhnt, als „sächsisch“ zu bezeichnen, was wir mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch nicht ganz anders regeln können. Uebrigens hat auch die sächsische Volkszeitung konstatiert, daß die sächsische Gewerbeinspektion, die Inspektion als des industriereichsten Bundesstaats, zurückgeblieben ist, als die selbst Mecklenburgs, des industriearmen Bundesstaats (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) Dieser Kritik können wir uns durchaus anschließen.

Die Berichte sind uns übrigens so spät zugegangen, daß wir nicht mehr haben konnten können, welche Äußerungen der Einzelberichte in dem allgemeinen Bericht fortgeführt sind. Im vorigen Jahre vermochten wir die Beglückung einiger sehr beachtender Ausstellungen nachzuweisen, zum Beispiel solcher, die von der Partei der Arbeiter und dem sozialistischen Gesetz der Arbeiterorganisationen auf die Geltung der Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen. Wir müssen verlangen, daß uns künftig die Berichte früher angehen, damit wir eine Kontrolle vornehmen können. Möglicherweise, daß für das soziale Jugende Gelände vorhanden sind, die wir nicht kennen. Man sagt, zur Begründung der Zukunftsverlage sei es nötig gewesen, eine ganz neue Stiftung des Materials vorzunehmen.

Wir beabsichtigen in dem Gesammtericht eine eingehende Stellung

ber der Realisierung zu den Fragen, die in den einzelnen Berichten ganz verschieden abgehandelt werden. Es ist für die Regierung mit der Gehörigkeit der preussischen und sächsischen Gewerbeinspektoren identisch, aber mit der sozialpolitischen Stellungnahme der sächsischen Aufsichtsbearbeiter? Die ganze Gewerbeinspektion muß einheitlich geregelt und den Gewerbeinspektoren eine selbständige Stellung eingeräumt werden, die jetzt kaum etwas anderes zu thun haben, als jeder Polizei. Ihnen fehlt zur Zeit namentlich die Unabhängigkeit von den jeweiligen Strömungen innerhalb der Regierung. (Sehr richtig! b. b. Soj.)

Wieder und mehr häufen sich die Klagen darüber, daß die Gewerbeinspektion die Überkreuzungen der Unternehmer überaus milde beurtheilt. — In den Berichten ist von „einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter“ — von der die kaiserlichen Verordnungen erlasse so schön sprechen — keine Rede. — Ich will einige der markantesten jener Aussprüche anführen, die von einer totalen sozialpolitischen Verantwortlichkeit zeugen und von denen ich eine ganze Blätterseite gesammelt habe.

Der Kasseler Bericht spricht frei nach Helme von „auswärtigen“ Aufsehern, der Halberstädter Bericht von „bezahlten Agenten“, womit aber Schweinburg nicht gemeint ist. (Heiterkeit.) Andere Berichte sprechen von dem „Ungehorsam“, der „Trennung“ u. s. w. der Arbeiter, behaupten, daß Bewußtsein des Unrechts sei „in der Arbeiterklasse“ gänzlich geschwunden. Damit vergleiche man, wie über die Arbeit der Gerichte wird. Die Häufigkeit des Kontraktbruchs in Ostpreußen wird aus der „Notlage“ der Wäcker erklärt, die deshalb bei der Anstellung von Arbeitern nicht darauf achten könnten, ob das vorige Arbeitsverhältnis derselben ordnungsmäßig geübt sei. Was bei den Arbeitern als „Zwang“ bezeichnet wird, heißt bei den Arbeitgebern „Forderung“. Kurzum — (insitzige und geschäftliche Parteinarbeit von Unken der Unternehmer, bestellte Anklagen gegen Arbeiter. (Hört! hört! bei den Soj.) Der Schiffs-Bohringen Fabrikinspektor erklärt die Herabsetzung der Löhne in einem Falle mit dem Wunsche des Unternehmers, die Arbeiter vom Baumachen zu farenen. (Hört! hört! b. b. Soj.) Der Schmelz-Industrie Inspektor spricht von der Gelegenheit zum Nebenverdienst als Maurer, welche die Vergleiche seines Aufsichtsbereiches nach Vermeidung ihrer Schäden haben. Ob er selbst wohl Lust hätte, sich in seinen Ruhestunden einen „Nebenverdienst“ als Maurer zu erwerben? (Heiterkeit links.) Ein anderer Fabrikinspektor spricht davon, daß in seinem Bezirk Wohlstand und Zufriedenheit trotz der geringen Löhne herrschen; der ostpreussische Konflikt — die Herren Agrarier wird es interessieren —, daß in seinem Bezirke Löhne von 15, 13 und 11 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Sehr widerstrebende Meinungen werden auch über die Arbeiterausflüsse laut, dieses Schmelzinspektor der Regierung, das nicht leben und nicht sterben kann. Ein Inspektor hält dieselben für überflüssig, soweit ja die Unternehmer schon für die Arbeiter sorgen, ein anderer gar für schädlich, weil sie sich angeblich mit den Plänen des sozialdemokratischen Zukunftsstaates befassen.

Alle diese Äußerungen der Fabrikinspektoren sind ersichtlich in einer Zeit, wo das Reichsamt des Innern seine Aufgabe darin erblickt, die Kämpfe der Arbeiter durch Zwangsgeetze unmöglich zu machen. Dabei sind nach allen Berichten die Lohnverordnungen immer nur den gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken. Bei den Unternehmern hat sich die Zahl der Beschlüssen gegen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter bedeutend vermehrt. Die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit erklärt sich nur aus dem Wunsche nach billigen und willigen Arbeitskräften, die freilich für die Arbeiter ein Sinken des allgemeinen Lebensniveaus bedeuten. Alle Bestimmungen zum Schutze der Frauen und Kinder sind illusorisch, so lange sie nicht auch für die Hausindustrie Geltung haben. Gerade hier finden wir die größte Ausbeutung, die längste Arbeitszeit. Die Gewerbeinspektion muß sofort auf die Hausindustrie ausgebeugt werden; denn später wird man wieder einwenden, die Lage der Industrie lasse eine weitere Belastung der Unternehmer mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes nicht zu. Der beispiellose Aufschwung der Industrie macht sich für die Arbeiter nur durch die Erhöhung der Unfälle bemerkbar. 7116 Todesfälle und 87,110 Verwundungen auf dem Schlagselbe der Industrie, das ist der Anteil der Arbeiter an dem Aufschwung der Industrie. (Hört! hört! links.) Die Lebenslage der Arbeiter hat sich nicht gebessert. Die Löhne sind entweder dieselben geblieben, oder die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten u. s. w. hat die Lohnverhöhung weitgemacht. Alle diese Thatsachen zeigen, daß, wenn sich die Lebenslage der Arbeiter hier und da gehoben hat, dies nur möglich war auf dem Wege der Organisation der Arbeiter. Deshalb verlangen wir, daß im Reichsamt des Innern wie bei den Gewerbeinspektoren den Kämpfen der Arbeiter um Erhebung ihrer Lebenshaltung mehr Objektivität entgegengebracht wird. (Lebhafte Beifall bei den Soj.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich habe persönlich den Wunsch, daß die Beamten die Thatsachen möglichst genau und objektiv feststellen. Die Berichte sind später erschienen, weil erst im August d. J. die Berichte zusammen eingereicht waren. Ich werde es mir ernstlich überlegen, ob ich im nächsten Jahre nicht alle die einzelnen Berichte drucken lassen und den Mitgliedern des Hauses zugänglich machen soll. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Vortrager hat die Kürze der Zusammenstellung beklagt, von anderer Seite ist sonst immer die Länge der Berichte getadelt worden. Die es unumgänglich macht, sich darin zu recht zu finden. In der Tabellenberechnung soll in Zukunft eine Besserung eintreten. Das Jahressummary soll übersichtlicher geordnet werden. Auf die Berichte der Gewerbeinspektoren habe ich keinen Einfluß. Wir müssen mit dem zufrieden sein, was sie berichten. Für strenge Bestrafungen der Unternehmer bin ich durchaus, wenn sie in gewinnbringender Weise die Arbeiterschutzbestimmungen abtreten. Ich habe die Regierungen erucht, da, wo milde Bestrafungen erfolgt sind, die Staatsanwälte anzuweisen, in die zweite Instanz zu gehen. In dem Falle der Friedrichsgrube hat der Staatsanwalt Berufung eingeleitet. Die Sache schwebt also noch. — Was die Lebenshaltung der Arbeiter anbelangt, so kann man wohl mit gutem Gewissen sagen, daß sich dieselbe in den letzten Jahren objektiv gebessert hat. Dafür ist ein Beweis der Abfluß der Arbeiter vom Lande nach den größeren Städten. — Dem Abg. Dertel erwidere ich, daß Verhandlungen schweben, um die Wählstimme der Vädereigenossen zu haben. Wir hoffen bis zur nächsten Session zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Abg. Wurm (Soj.): Der Herr Staatssekretär hat anerkannt, daß eine Gleichheit in das Fabrikinspektorenwesen gebracht werden muß. Auch ist der Umfang der Gewerbeaufsicht in den Einzelstaaten verschieden geordnet. In Preußen gelten als notwendig gewerbliche Anlagen, die fünf Personen beschäftigen, in Sachsen müssen zehn, in Mecklenburg ältere Umte zwanzig Personen beschäftigen sein. — Die Reichsregierung trägt die Verantwortung für die gesammte Gewerbeaufsicht. Ich weise sie hin auf jenen Geheimverlaß des Herrn v. Berlepsch, den ein sozialdemokratisches Blatt jüngst publiziert hat. Dieser Erlaß bezieht sich auf die Fabrikinspektoren, mit den Organisationen der Arbeiter in Verbindung zu treten. Ein Arbeiter, der es wagt, in direkten Verkehr mit dem Fabrikinspektor zu treten, wird entlassen. Ja, die Unternehmer heben die Spitze an, um zu beobachten, welche Arbeiter sich beschäftigen. Daher sind von den Arbeitern Beschwerdeausflüsse geschaffen, die die Beschwerden den Inspektoren übermitteln. Dadurch wird verhindert, daß der Name des Beschwerdeführers bekannt wird. Die konservativen „Sächsischen Zeitung“ wies die Regierung darauf hin, daß durch das Duldnen einer solchen Einrichtung die Sozialdemokratie legalisiert würde. Von da ab finden wir denn auch in den preussischen Fabrikinspektorenberichten keine Mitteilung mehr über einen solchen Verkehr der Inspektoren mit den Arbeitern. In Süddeutschland wurde dagegen dieser Verkehr aufrecht erhalten. So in den Landtagen meine Parteigenossen vertreten sind, erklärten sich überall die Regierungen zur Förderung des Verkehrs der Fabrikinspektoren mit den Arbeiterorganisationen bereit. Im Falle des Herrn v. Berlepsch wird behauptet, daß die Arbeiterorganisationen nur im Interesse der Partei geschaffen seien, um die Zustimmung zu erzwingen in Arbeiterkreisen. Das ist nie der Fall



Hollwackerungen im Thalia-Theater. Als vorletzte Vorstellung der laufenden Serie wird das Lustspiel „Die goldene Eva“ heute, Donnerstag, für Gruppe J zur Aufführung gebracht.

Augstückenfälle. Ein Erbschaftsstreit auf der Neudorfstraße beim Niederreiten des Rinnsteines zu Boden und erlitt einen Splitterbruch des rechten Oberschenkels. Der Verunglückte wurde dem Wenzel Handeschen Krankenhaus zugeführt.

Verdrüßte. Am 9. d. Mts. ist im Allerheiligen-Hospital das 4 Jahre alte Mädchen Ida Simon, Tochter eines auf der Andreesstraße wohnenden Schiffbauers, in Folge einer schweren Verdrüßung verstorben.

Ertrunken. Am 8. d. Mts., Nachm., ist der 5 1/2 Jahre alte Sohn des Schiffseigners Stange aus Pöchlendorf bei Ost-Pavelland, dessen Kahn gegenwärtig hier im Unterwasser, in der Nähe der Müllschleifstraße vor Anker liegt, in den Strom gestürzt und ertrunken.

Ausgerückt mit Hinterlassung einer ziemlich beträchtlichen Schuldenlast und ihrer beiden Kinder ist das auf der Gräbischer Straße wohnende Tischlermeister-Schmidtsche Ehepaar.

Vermisst. Am 8. d. Mts., Nachm., ist der 5 1/2 Jahre alte Sohn des Schiffseigners Stange aus Pöchlendorf bei Ost-Pavelland, dessen Kahn gegenwärtig hier im Unterwasser, in der Nähe der Müllschleifstraße vor Anker liegt, in den Strom gestürzt und ertrunken.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 9. d. Mts. 33 Personen eingeliefert. Gefunden wurden: 4 Servietten, ein goldener Siegelring mit einem gelben Stein, eine silberne Zylinderuhr nebst Kette, ein Pinetee, ein schwarzer Damen-umhang, zwei goldene Trauringe, eine Vorquerte, eine Kriegsdenkmünze, ein Handbuchein, ein Krankenlaßbuch und eine Schürze.

Grünberg. Kulturaufgaben leiden nicht! In dem uns benachbarten Dorfe Döbberzig ist jetzt mit ziemlichem Aufwand eine neue Kirche gebaut worden.

Wie der Proletarier a. b. Gulengeb. meldet, von zwei Lehrern 218 Schüler unterrichtet. Die königl. Regierung zu Frankfurt a. O. verlangt nun mit Recht den Ausbau eines dritten Schullokales und Anstellung einer dritten Lehrkraft.

Gahnau, 9. Januar. Vor dem hiesigen Gewerbegericht wurde kürzlich in einer Streitsache des Arbeiters Zeidmann von hier gegen den Besitzer der hiesigen Papierfabrik verhandelt.

Streiten, 10. Januar. Am Montag verließen wieder eine Anzahl Arbeiter die hiesigen Granitbrüche, unter diesen auch mehrere Verbeirathete, um anderwärts lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Forst i. S., 9. Januar. Die Grube „Annie“ in Zeupitz ist durch Selbstentzündung in Brand geraten.

Ederberg, 7. Januar. Beinahe Tag verschüttet in der benachbarten Gemeinde Zablaß hat sich wie gemeldet, am 29. Dezember d. J. ein Unglücksfall ereignet.

Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittag 3 Uhr, von der Leichenhalle der Marktklinik nach Oswitz statt.

Tissa i. S., 8. Januar. Hinrichtung. Der Arbeiter Babanski, welcher vom hiesigen Schwurgerichte wegen Gattenmordes zum Tode verurtheilt worden war, wurde heute, wie uns telegraphisch gemeldet wird, durch Scharfrichter Reindel hingerichtet.

Neueste Nachrichten. Zur Beschlagnahme deutscher Schiffe. Den Berliner Morgenblättern zufolge verhängen sich die Parteien des Reichstages dahin, die Reichsregierung über ihre Stellung zu der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die englische Marine zu interpellieren.

Standesamtliche Nachrichten. Vom 10. Januar: Heiraths-Ankündigungen. II. Monteur Georg Uink, ev., Löschstraße 6 und Selma Kruppa, kath., Löschstraße 28.

Geburten. I. Getreidehallenwärter August Parfisch, kath., L. - Hils-Bremser Wilhelm Sommer, ev., L. - Schuhmacher Daniel Frach, kath., S. - Rutscher Oskar Glemmich, ev., S. - Haushälter Heinrich Deinert, ev., S. - Maurer Ferdinand Wegner, ev., S. - Arbeiter August Wittig, ev., L. - Schiffbauer Paul Simon, ev., S. - III. Rutscher Hermann Pfäfer, ev., S. - Fräulein Maurer Gottlieb Pirlich, ev., L. - Kaufmann Burkhardt Kobl, ev., L. - Tischler Hermann Schulz, ev., S. - Drochster besitzer Wilhelm Gerber, ev., L. - Tischler Robert Niedel, kath., S. - Kaufmann Paul Blitner, kath., L.

Wasserstands-Nachrichten. Tabelle mit Wasserständen in verschiedenen Orten wie Breslau, Glogau, Oppeln, etc. für den 10. und 11. Januar 1900.

Stadt-Theater. Donnerstag: „Der Prophet“. Freitag: „Das Rheingold“. Lobe-Theater. Donnerstag: „Sphrasimo Grells“. Freitag: „Der Probekandidat“.

Socialdemokratisches Liederbuch von Max Kegel. Preis 40 Pfg.

Am 9. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere liebe Mutter, Tochter und Schwiegertochter Anna Plensdorf, geb. Peter im Alter von 80 Jahren.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Donnerstag: Gruppe J, 5. Vorstellung: „Die goldene Eva“.

Former für die Selbstbeherrschung werden von einer großen Maschinenfabrik bei hohem Lohn für dauernde Arbeit gesucht.

Neue türk. Pflaumen, 28, 36 Pfg. Backobst, beste Mischungen, Pfund 22, 30, 40 Pfg. Böttnerstr. 6 im Hofe, Remise links.

Wir empfehlen aus eingetroffener Waggouladung: Prachtvollen Cablian im Auschnitt Pfd. 20 Pf. Schellfisch Pfd. 25 Pf., Seeaal Pfd. 25 Pf. Freitag und Sonnabend von 4 Uhr ab: Frisch gebratene Fische. D. D.-F.-G. „Nordsee“

Zeltgarten. Schlager auf Schlager! Von Preße u. Publikum einstimmig anerkannt Die Operette „Glück auf“. Brillantes Specialitäten-Programm.

Gute Gelegenheit billig kaufen! Der Inventur-Ausverkauf dauert nur bis 29. Januar und sind die Preise zu und unter Einkaufspreis weil zu großes Lager darin.

Rohtabake billigste Bezugsquelle gegen baar und 3% Rabatt bei Einkäufen v. 10 Mk. an. Bürgerlichen Gesetzbücher nebst dem Einführungsgefe und einem ausführlichen Sachregister.

Goldmann's Blumen- u. Kränze-Geschäft bringt sich allen Genossen u. Genossinnen in empfehlende Erinnerung. Jetzt Lewaldstraße 11 (früher Gräbichenerstraße 6).

Deutsches Kaufhaus parterre und 1. Etage Ohlauerstraße 45b, an der Promenade. Preis freies fest!